



Wortprotokoll

der 20. Sitzung vom 20. September 1957

Resoconto integrale

della seduta n. 20 del 20 settembre 1957

III. Legislatur
III legislatura
1956 - 1960

CONSIGLIO PROVINCIALE BOLZANO LANDTAG BOZEN

III. Legislatura
III. Legislaturperiode

SEDUTA 20^ate SITZUNG

20 - 9 - 1957

INDICE - INHALTSANGABE

Disegno di legge provinciale N. 56: «Secondo provvedimento di variazione al bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1957» pag. **3**
Designazione di un consigliere regionale quale vicepresidente della commissione provinciale per la tutela del paesaggio di cui all'art. 2 della legge provinciale 24 luglio 1957 N. 8 pag. **14**

Landesgesetzentwurf Nr. 56: «Zweite Abänderung zum Haushaltsplan für das Finanzjahr 1957» Seite **3**
Wahl eines Regionalratsmitgliedes als stellvertretenden Vorsitzenden der Landeslandschaftsschutzkommission (Landesgesetz 24.7.1957, Nr. 8, Art. 2) Seite **14**

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dr. SILVIUS MAGNAGO

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 16.20 UHR.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Die Sitzung ist eröffnet.

PLAIKNER (Segretario - S.V.P.): (Appello nominale, lettura del processo verbale - Namensaufruf, Verlesung des Sitzungsprotokolls).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? Nessuna! E' approvato.

Punto 1) all'ordine del giorno: «Disegno di legge provinciale N. 56: Secondo provvedimento di variazione al bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1957».

Punkt 1. der Tagesordnung: «Landesgesetzentwurf Nr. 56: Zweite Abänderung zum Haushaltsplan für das Finanzjahr 1957».

Relazione della Giunta.

RIZZI (Assessore finanze e patrimonio - D.C.): (legge la relazione - liest den Bericht des Ausschusses).

DIETL (S.V.P.): (legge la relazione della Commissione - liest den Bericht der Kommission).

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale. Die Generaldebatte ist eröffnet.

KAPFINGER (S.V.P.): Ich möchte nur ganz allgemein, bevor über dieses Gesetz abgestimmt wird, Gesetz, dem ich absolut zustimme, auch etwas zur Sachlichkeit, vielleicht zur Richtigstellung sagen. Es ist so viel davon geschrieben und wohl auch gesprochen worden, in letzter Zeit auch im Bozner Gemeinderat, dass die vielen Unglücksfälle, die durch diese Überschwemmungen und Übermurungen über unser Land, vor allem über das Bozner Stadtgebiet hereingebrochen sind, letzten Endes ausschliessliche Schuld der mangelhaften Wildbachverbauung gewesen wären. Es ist selbstverständlich, dass im Falle einer Wildbachverbauung im Werte von vielen Milliarden vielleicht solche Unglücks-

fälle hätten verhütet werden können. Ich glaube aber, man ist etwas über das Ziel gegangen, wenn man behauptet hat, dass in diesen Fällen durch Wildbachverbauung diese Unglücksfälle hätten verhütet werden können. Es handelt sich hier zufällig um vier Bäche, (jetzt müssen wir sie Wildbäche nennen), die seit einem halben Jahrhundert überhaupt nicht mehr als Wildbäche registriert worden sind, die einen Vegetationsschutz, einen lebenden Schutz von ausgerechnet Laubwald, also vom besten gehabt haben, der es eigentlich verhindern hätte müssen, dass solche Überschwemmungen auf Grund von Wildbächen eintreten könnten. Wenn wir hören, dass zum Beispiel auf dem Grieser Hauptplatz innerhalb von zwei Stunden 92 mm Wasser gefallen sind, dann wird das Wasser eben irgendwo abfließen müssen. Ich glaube nicht, dass man deshalb sagen kann, es geschieht überhaupt nichts, wenn in Wirklichkeit Milliardenwerte seit Bestehen der Region für Wildbachverbauungen ausgegeben worden sind. Man kann dadurch höchsten Behörden, die dafür zuständig sind, etwas vergrümen. Wenn es möglich sein wird, Milliarden für die Wildbachverbauung zu erhalten, dann wird sicher mehr für die Wildbachverbauung geschehen. Aber ich möchte nochmals wiederholen, im Falle dieser Überschwemmungen von Bozen, dürfte die mangelhafte Wildbachverbauung zufällig fast keine Schuld gehabt haben, eben weil es sich, wie ich gesagt habe, überhaupt nicht um Wildbäche gehandelt hat und weil diese «kleinen Graben», wie wir sie nennen müssen, durch Vegetation bis in ihre Sohle hinein geschützt waren. Bei solchen Wolkenbrüchen ist es natürlich unvermeidlich, dass die gewaltigen Wassermengen mit dem dort angestauten Material irgendwo herunterstürzen müssen. Das wollte ich, vielleicht zur Sachlichkeit dieses Problems, gesagt haben, vielleicht auch zur teilweisen Rechtfertigung der Wildbachverbauungsämter.

Ho spiegato che sento necessario richiamare un po' alla serenità ed all'oggettività su tutto quello che è stato scritto dai giornali e quello che è stato detto ultimamente anche in Consiglio comunale di Bolzano sulla mancata sistemazione montana, che sarebbe stata la causa unica delle disgrazie che le recenti alluvioni hanno portato soprattutto al Comune di Bolzano. Se c'è stato un caso nel quale la mancata sistemazione montana non può essere incolpata è stato proprio questa volta. Qui abbiamo avuto 4 torrentelli che da quasi mezzo secolo non venivano neanche più registrati sul catasto dei torrenti da sistemare. Loro che conoscono

molto bene questa zona mi potranno confermare che tutta la zona compresa del displuvio di questi torrenti era ed è tuttora magnificamente protetta da vegetazione arborea e precisamente da ceduo, che è la migliore che possa esistere in questi casi. Quando noi siamo di fronte a cataclismi di questo genere, dove ci dicono i bollettini meteorologici che p. es. sulla piazza di Gries sono caduti quasi 100 millimetri d'acqua entro due ore, da qualche parte questa acqua deve andare, e se qui abbiamo avuto un impluvio nel perimetro di chilometri e chilometri quadrati di superficie, ovviamente trasporta materiale e acqua che hanno dovuto scendere in questi torrentelli che esistevano. Chissà se non è stata una fortuna, se avessimo avuto qualche briglia di trattenuta come altrove, avrebbe resistito per un certo periodo di tempo, poi probabilmente sarebbe crollata con guai maggiori. Con questo non voglio dire che non manchi la sistemazione montana, tutt'altro, ma dire che non si è fatto niente in questo campo, quando sappiamo che dall'esistenza della Regione è stato speso molto più di un miliardo di lire solo per la sistemazione montana, non credo che con la negazione di tutto si riesca ad agire in favore della sistemazione montana, non si fa altro che rendere risentiti quelli che sono preposti a questi lavori e che fanno tutto il possibile. Questo ho creduto opportuno di dire qui pubblicamente anche in onore ed a difesa di tutti quei funzionari che sono preposti alla sistemazione montana.

FIORESCHY (Assessor für Handel, Handwerk und Fremdenverkehr - S.V.P.): Durch die Intervention des Kollegen Kapfinger fühle ich mich veranlasst, eine kurze Entgegnung zu sagen, weil ich mich hier irgendwie direkt persönlich angesprochen fühle, indem ich derjenige war, der beim Besuch des Aussenministers Pella in Bozen das Problem der Wildbachverbauung angeschnitten hat. Ich will hier nur das eine richtigstellen, dass ich mir vollkommen klar bin, dass die Region, seit sie besteht, auf dem Gebiet der Wildbachverbauung natürlich getan hat, was sie tun konnte, und dass jetzt innerhalb weniger Jahre das Problem der Wildbachverbauung überhaupt nicht gelöst werden kann, dass das ein Programm ist, das nur auf mehrere Jahre hinaus seine Lösung finden kann. Andererseits war ich mir auch bewusst, dass die hereingebrochene Katastrophe das Problem der Wildbachverbauung ja nicht direkt berührte, weil, wie Herr Kollege Kapfinger richtig gesagt hat, es Rinnsale waren, die vielleicht alle paar hundert Jahre einmal mit einer solchen Heftigkeit herunterkommen, wie sie heuer leider gekommen sind. Meine Absicht war, bei dieser Gelegenheit die zuständigen Regierungsstellen auf den ich möchte fast sagen chaotischen Zustand aufmerksam zu machen, der durch die Vernachlässigung der Wildbachverbauung in den letzten fünfzig Jahren entstanden ist und nicht dabei der Region die Schuld in die Schuhe zu schieben. Wir

wissen genau, dass auf dem Gebiet der Flussregulierungen und der Wildbachverbauungen in den letzten fünfzig Jahren überhaupt nicht geschehen ist, weil solche Arbeiten nicht ins Auge fallen und daher nicht in das Programm der damaligen Mentalität der Staatsführung gefallen sind. Das war meine Absicht und das behaupte ich auch heute noch und das macht sich gerade heute und in den letzten Jahren besonders bemerkbar und zwar in schädlichem Sinne bemerkbar, gerade auch in den italienischen Provinzen; denken wir z. B. an die Überschwemmungen, die der Po herbeigeführt hat und an das Elend, das dadurch entstanden ist. Das war meine Absicht festzulegen und niemals, der Region und dem zuständigen Assessorat in dieser Beziehung einen Vorwurf zu machen. Und ich glaube, dass sich auch die zuständigen Stellen der Region, also die Beamten, nicht angegriffen zu fühlen brauchen.

PRESIDENTE: La traduzione (si traduce - Übersetzung). Il dr. Kapfinger chiede di poter fare una precisazione, ha la parola.

KAPFINGER (S.V.P.): Ich möchte dem Kollegen Fiorechy sagen, dass es mir absolut fern gestanden ist, hier auch nur im mindesten eine persönliche Polemik auszulösen. Ich habe mich nicht auf die Erklärungen bezogen, die Sie damals in Vertretung des Landeshauptmanns abgegeben haben, die sind mir gar nicht eingefallen; ich habe es genau spezifiziert, ich habe gesagt: die Zeitung, und in den letzten Tagen sogar der Gemeinderat in Bozen. Ich wollte sagen, dass man mit so heiklen Problemen nicht leicht herumwerfen und nicht ohne weiters eine Schuld suchen soll, wenn man sie nicht genau zu finden weiss. Es ist sehr billig, für alle Riesenunglücke immer die Ursache zu haben, wenn man sie nicht weiss. Ich wiederhole noch einmal; was wäre geschehen — es hätte gar nie geschehen können, weil diese Wildbäche nicht existiert haben — wenn da grosse Sperrbauten gewesen wären? Die hätten in diesem Falle nicht standhalten können! Sie hätten aufgehalten und nach einer gewissen Zeit wären sie gebrochen und was dann geschehen wäre, können wir uns lebhaft vorstellen. Und was geschieht durch diese Beschuldigungen? Man bringt nur die Stimmung der Bevölkerung, vor allem der betroffenen Bevölkerung irgendwie in Verdriesslichkeiten, welche sagt, seht, das hätte gar nicht sein müssen, da hat es wieder irgendwo gefehlt. Ich wiederhole, es fehlt an sehr vielen Orten, besonders in der Wildbachverbauung und ich bitte sie, helfen sie mit, dass wir immer mehr Mittel bekommen! Aber gerade in diesem Falle hat es zufällig nicht dort gefehlt, in diesem Falle war die Wildbachverbauung, glaube ich, nicht Schuld, weil das eben gar keine Wildbäche gewesen sind. Wir wissen z. B. heute auch, warum dieses Malheur passiert ist. Die Untersuchungen um St. Jenesien herum haben

geklärt, warum der Margaretenbach, der Steinbach in Siebeneich diese Unmenge von Material gebracht hat. Sie wissen, es waren die ganzen Pflüngerarbeiten im Gange, man hat gepflügt und geackert, um den Anbau von Schwarzpolenta zu tätigen. Die ganzen Äcker waren frisch gepflügt, einen Tag vorher hatte es geregnet und das Erdreich hatte das ganze Wasser aufgesogen; am nächsten Tag ist dann dieser riesige Wolkenbruch gekommen, der diese ganzen Erdmassen marschbereit, wenn ich so sagen darf, gefunden hat. Wenn vor lauter Regen die Erddirampfen am Ritten einstürzen und hunderte von Kubikmetern Material abwerfen, da, glaube ich, kann die Wildbachverbauung nichts dafür. Und wir wissen, dass die schönsten Erddirampfen durch diesen Wolkenbruch verschwunden sind, und dieses ganze Material ist eben heruntergekommen. Das ist eben passiert, leider. Jetzt aber, sie können sicher sein, sind das Wildbäche. Noch heuer werden um 30 Millionen provisorische Arbeiten gemacht. Der Regionalausschuss hat mit allen Kunststücken noch zusätzliche Millionen gefunden, bei Zurücksetzung aller übrigen, auch wichtigen, Tätigkeiten. Im kommenden Jahr werden wenigstens 100 Millionen für Verbauungsarbeiten allein für diese drei oder vier Wildbäche im Bozner Stadtbereich ausgegeben. Jetzt müssen wir es leider tun, aber bis jetzt hätte es nie geschehen können. Abschliessend möchte ich noch einmal wiederholen, das war absolut gegen niemanden gerichtet, ich möchte aber nur sagen, wenn es um solche Sachen geht, helfen wir alle mit, dass nicht so leichtsinnigerweise Redereien herumkommen, die dann in der Bevölkerung natürlich Boden finden und zu weiteren Redereien Anlass geben und die Leute nur noch unzufriedener machen, als sie vielleicht berechtigt sind, in diesem Falle zu sein. Und damit möchte ich wirklich dieses Problem abgetan haben, ich habe niemals vorgehabt, sie hier so lange damit zu langweilen.

Ho risposto all'Assessore Fiorechy che mai più avevo avuto l'intenzione di riferirmi alle sue dichiarazioni che egli ha fatto allora in rappresentanza del Presidente della Giunta. La mia intenzione era quella di raccomandare che non si facciano con leggerezza dichiarazioni di così grande portata, che domani possono solo suscitare malcontento in diversi strati della popolazione. E' inutile che noi cerchiamo giustificazioni e spiegazioni per catastrofi di questo genere; prima di fare dichiarazioni bisogna essere sicuri delle cause. Ripeto che eccezionalmente in questo caso la mancata sistemazione montana non posso credere che sia stata la causa, erano quattro torrentelli, quattro fossati, che da decenni non esistevano, coperti da vegetazione fino all'asta del fossato e materialmente era impossibile che questi fossati potessero essere la causa di tanti guai. Se abbiamo acquazzoni come li abbiamo avuti, se i campi frescamente arati nelle parti di San Genesio,

preparati per la semina del grano saraceno, se il diluvio ha fatto crollare le piramidi del Renon, e tutto questo materiale ha dovuto scendere in fondo valle, non credo che in questo caso sarebbe stato possibile con la sistemazione montana di fermarlo. Prego tutti i signori colleghi di aiutarci ad avere sempre più mezzi per la sistemazione montana, che sono assolutamente mancanti. In regione abbiamo un programma di massima che prevede 8 miliardi di spesa per i lavori più urgenti di sistemazione montana. Ma ripeto ancora che in questo caso, piccolo, che purtroppo a Bolzano è diventato massimo, non credo che la mancata sistemazione montana sia stata la causa. Se avessimo avuto diverse briglie di trattenuta, avrebbero certo resistito fino a un certo momento, ma non avrebbero mai potuto resistere oltre, perchè non sono calcolate per questo, e forse avremmo avuti guai anche maggiori.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Voglio solo dire, a proposito degli interventi che ho ascoltato con molto interesse, ma dai quali ho raccolto ben poco, che ho le idee molto più confuse di prima. Sono riuscito a capire perfettamente il dr. Kapfinger, il quale esclude nel modo più assoluto qualche responsabilità. Addossa se mai tutte le responsabilità al fatto, al destino, agli eventi.

KAPFINGER (S.V.P.): Al nubifragio!

MOLIGNONI (P.S.D.I.): E questo mi riesce facile a comprenderlo. Quello che non ho capito è il discorso di Fiorechy. Ho cercato di segnare i punti fondamentali. L'Assessore dice che da parte della Regione è stato fatto quanto si doveva e si poteva fare in questo campo, cioè nel campo della sistemazione montana. Poi soggiunge che nulla in questo campo si è fatto da 50 anni a questa parte, pertanto si è verificato quello che si è verificato. Però esclude la responsabilità della Regione. Ed allora domando io a Fiorechy, secondo la sua visione che mi sembra molto diversa da quella di Kapfinger, chi sono i responsabili? Se la Regione non ha nessuna responsabilità e nel contempo lei lamenta che nulla è stato fatto, mi dica chi sono i responsabili; mi dica che cosa è stato fatto e chi doveva fare ciò che non è stato fatto. Allora avremo le idee chiare come il dr. Kapfinger e finiremo con il dire che è stato il destino e che nulla c'è da fare in questo campo.

PRESIDENTE: Il dr. Kapfinger non ha tradotto una parte alla fine del suo discorso, quando ha detto che prima non si presentava il problema della sistemazione dei bacini montani per questi torrentelli, ma dopo quanto è avvenuto, il problema si presenta in questo momento e che la Regione ha già stanziato, se

non erro, 30 milioni questo anno per fare i lavori più urgenti, e che prevederà 100 milioni per questi quattro torrentelli un altro anno.

KAPFINGER (S.V.P.): E' giusto!

PRESIDENTE: Questo ho aggiunto perchè non tradotto.

FIORESCHY (Assessore industria, commercio, turismo, artigianato - S.V.P.): Evidentemente vi sono difficoltà nella traduzione che hanno creato questi equivoci. Tenevo a rispondere all'intervento dell'Assessore Kapfinger perchè mi sentivo personalmente appellato quando l'Assessore Kapfinger è intervenuto in questo tema, perchè a suo tempo avevo fatto davanti al Ministro Pella una dichiarazione, additando la necessità della sistemazione dei bacini montani. Non volevo fare nessun addebito alla Regione, perchè nel giro di questi pochi anni è chiaro che la Regione non poteva fare di più.

MITOLO (M.S.I.): Solo lo Stato!

FIORESCHY (Assessore industria, commercio, artigianato e turismo - S.V.P.): Perchè considerando che nel cinquantennio passato nulla è stato fatto nella sistemazione dei bacini montani e nella regolazione degli alvei dei fiumi, è evidente che nel giro di pochi anni la Regione non poteva fare dei miracoli, e su questa piaga volevo mettere il dito, sottolineando la necessità di intervenire non solo da parte della Regione sempre più consistentemente, ma anche con contributi da parte dello Stato, per alleviare a questo stato di fatto. Perchè non comporta solo sollievo alle nostre parti, ma ha riflessi notevoli anche nelle altre Provincie, dove sappiamo che le alluvioni del Po derivano non per ultimo dalla mancata sistemazione dei bacini montani su da noi. Quanta miseria appunto è stata creata per questa mancata sistemazione negli ultimi cinquanta anni. Caro collega Mitolo, dovevo diventare anche un po' polemico, dicendo che il sistema di quel tempo ha trascurato questo campo di lavori, perchè sono lavori che non saltavano molto all'occhio. Ma risentiamo adesso proprio questa mancata sistemazione e questa negligenza fatta negli ultimi 50 anni. Questo è il succo di quello che volevo dire.

MITOLO (M.S.I.): Meno male che è compreso anche Giolitti in questi ultimi 50 anni! Da Giolitti a De Gasperi!

NARDIN (P.C.I.): Non entro nel merito della polemica che c'è stata in questa aula in merito alla sistemazione dei bacini montani, problema oltre che

regionale anche nazionale, su cui tante volte in sede di parlamento si è discusso, in sede di Comune e di assemblee provinciali e che in Italia non ha trovato ancora chi intende impostare un piano, seppure a lunga scadenza, che possa assicurare la sistemazione dei bacini montani italiani. Mi ricorderò sempre il convegno che è stato fatto a Rovigo all'epoca della famosa alluvione dove dei tecnici competenti dicevano che sono ancora validi certi progetti elaborati all'epoca di Napoleone per quanto riguarda il Po, e che sono rimasti in linea di massima ancora dei progetti da realizzare. Immaginarsi se nel Trentino Alto Adige nel corso di decenni e decenni è stato affrontato un piano di migliore sistemazione dei bacini montani! Credo che la stessa Austria, sotto l'Impero di Francesco Giuseppe, abbia notevolmente trascurato anche essa questo problema, ma non è qui che vorrei soffermare la vostra attenzione, ma è su alcune proposte contenute in questo disegno di legge. Anzitutto questa variazione di bilancio relativa alla costruzione ed ultimazione dell'edificio provinciale qui accanto, dobbiamo veramente chiamarla un infortunio sul lavoro, perchè è assai strano che noi qualche mese fa abbiamo approvato l'utilizzo di un sostanzioso avanzo di amministrazione e che da parte dei membri del governo provinciale non ci si fosse accorti che mancavano 70 milioni per assicurare il completamento del palazzo che è in costruzione. In occasione della discussione sul bilancio mi sono un momento intrattenuto sulla funzione che dovrebbe avere l'Assessore alle finanze in questa Provincia, dopo 4 anni di una certa carenza in quell'Assessorato, e dicevo che l'Assessore alle finanze deve esplicitare una funzione ben precisa, quella del coordinamento finanziario fra tutti gli Assessorati, è lui che deve più che mai vigilare affinché per le opere in corso e le opere decise dalla Provincia siano assicurati i relativi finanziamenti, e quindi venga esaudita anche tutta quella parte tecnica che è indispensabile perchè ciò avvenga. Che ad un bel momento il Segretario generale della Provincia si sia dimenticato della delibera di impegno della Giunta per 70 milioni, e che la Giunta qualche mese fa non abbia fatto inserire nel disegno di legge relativo all'utilizzo dell'avanzo di amministrazione questi 70 milioni, che la ragioneria non ne sapesse niente, ecc., ma signori, in fin dei conti, non siamo in un ministero, siamo in una modestissima amministrazione provinciale, seppure autonoma, e queste cose non dovrebbero accadere, questi infortuni sul lavoro! Per cui maggiore vigilanza da parte di chi dirige questo Assessorato anche nei confronti degli uffici che devono esplicitare correttamente e con disciplina ed ordine i compiti loro affidati. Una seconda osservazione la vorrei fare sull'art. 142 bis, che prevede lo stanziamento di 42 milioni per i danni causati dalle recenti alluvioni. La Commissione ha voluto, a maggioranza, inserire in questo disegno di legge la dizione

che abbiamo sott'occhio, e che non mi trova d'accordo. Dire « *Spese e sussidi ai Comuni ed ai privati in connessione con i danni causati dalle recenti alluvioni* », che cosa significa per la maggioranza della Commissione? Che in questi 42 milioni c'è anche quel fondo che dovrà rimborsare la Provincia di una parte dei danni causati dall'alluvione sulle strade provinciali e così via, il che mi pare sia assurdo. Non si può con la cifra di 42 milioni prevedere di rimborsare la Provincia che ha avuto dei danni — ci hanno riferito in Commissione — sui 30 milioni e con il resto dare sussidi ai Comuni ed ai privati in connessione con i notevoli danni causati da queste alluvioni. Per conto mio 42 milioni sono appena sufficienti in aggiunta ad altri che dovranno essere erogati dalla Regione, appena sufficienti per fare qualche cosa di tangibile nei confronti di Comuni e di privati che hanno subito questi danni, ma non si può tagliare una grossa fetta da questi 42 milioni per darla alla Provincia. Perché la Commissione intende questa spesa come la voce che autorizzerà la Provincia a rimborsare se stessa almeno parzialmente dei danni causati da questa alluvione. Faccio la proposta al Consiglio provinciale perché questi 42 milioni siano totalmente utilizzati a favore dei Comuni e dei privati. La Provincia dovrà cercare di far fronte, relativamente ai danni da essa subiti, in altra maniera. Lo potrà fare, come è già stato segnalato dalla Commissione: di fronte ad eventi straordinari non si può da un lato considerare straordinario l'intervento della Provincia e considerare ordinario tutto il resto, vale a dire noi abbiamo relativamente anche agli anni scorsi dei residui passivi che possono diventare residui attivi tranquillamente, possono essere dichiarati decaduti, perché sono impegni che non hanno più ragione di essere. Il Presidente della Giunta provinciale cortesemente ci ha indicato tutta una serie di impegni che vanno molto in là nel tempo, troviamo addirittura impegni del 1950, del 1951 e così via. Ora è assurdo che noi manteniamo qualche decina di milioni là impegnata per previsioni che si erano fatte nel 1950, 1951, 1952 che furono previsioni per lo meno ottimistiche o errate in certi casi, se è vero che questi impegni sono ancora degli impegni, per cui la Provincia se vuole soddisfare se stessa e ripagarsi un po' dei danni subiti in occasione di queste alluvioni, cerchi di fare decadere tutta una serie di impegni relativamente agli anni scorsi e veda così di reperire quei milioni che occorreranno per riparare straordinariamente ai danni subiti con tale evento. Ma questi 42 milioni è la cifra minima che noi possiamo assicurare ai privati ed ai Comuni, dico ai Comuni anche, perché oggi ad alcune nostre obiezioni si è risposto: ma i Comuni che hanno avuto dei danni ed hanno dovuto compiere interventi straordinari per far fronte a queste straordinarie necessità, se domani si troveranno nella necessità di vedere inte-

grati i loro bilanci, per questi straordinari passivi, avranno sempre modo di ricorrere alla Regione per richiedere una integrazione di bilancio. E' assurdo, perché sappiamo molto bene che non è in quella sede che il Comune può ricorrere tranquillamente all'integrazione di bilancio, perché la Regione prima di concedere l'integrazione di bilancio fa applicare a questo Comune le cosiddette sovracontribuzioni, in maniera che il cittadino che in quel Comune ha subito parecchi danni, non risarciti da nessuna parte, perché al massimo riceverà qualche contributo o qualche sussidio, dallo Stato, chissà quando, dalla Regione o dalla Provincia riceverà poco, quel cittadino dovrà pagare per degli anni le sovracontribuzioni in un momento in cui dovrebbe essere invece sgravato almeno di una parte delle imposte per i danni subiti, per dar modo al Comune di ottenere una certa integrazione di bilancio. Non possiamo riferirci a quella sede quando parliamo della possibilità dei Comuni danneggiati di ottenere contributi da parte della Regione, noi dobbiamo noi aiutare in certo qual modo i Comuni con dei sussidi i più consistenti possibili, per aiutare queste amministrazioni comunali che si sono trovate improvvisamente e straordinariamente a dover sostenere oneri notevoli per far fronte a questi danni. Altrettanto per i privati, ma a parte il fatto che qui ci sarebbe dovuta essere una relazione relativamente ai danni che ci sono stati, cosa che non sappiamo, né in Regione né in Provincia, parlo dell'Assessorato regionale alle attività sociali dove abbiamo discusso un disegno di legge relativamente ai sussidi da concedere agli alluvionati di Bolzano e di altri Comuni, noi oggi non abbiamo un quadro preciso o per lo meno approssimativo dei danni che ci sono stati in generale, ed allora sarebbe utile che in questa sede, dal momento che discutiamo di questo intervento straordinario della nostra amministrazione provinciale, venisse fatto il punto alla situazione. Spero che questi dati siano stati sufficientemente raccolti anche dalla nostra Amministrazione provinciale, in quanto non mi pare che manchi il personale nella nostra Amministrazione provinciale e non mi pare neanche che ci sia del personale stracarico di lavori in tutti i settori, in modo da impedire a questo personale di andare a cercare questi dati, se occorre. Penso, quindi, che il Consiglio e la Giunta debbano intendere questi 42 milioni solo come sussidi ai Comuni ed ai privati. Per quanto riguarda, per concludere, le spese straordinarie che dovrà sostenere la Provincia, si dovrà cercare i mezzi in altra maniera. Questa maniera c'è; è stato ricordato in Commissione che per noi, da quando cioè approviamo il bilancio con legge, vale la legge sulla contabilità generale dello Stato fino a quando noi non elaboreremo ed approveremo una legge sulla nostra contabilità provinciale. L'art. 36 della legge sulla contabilità generale dello Stato stabilisce espressamente

e perentoriamente che i residui passivi non utilizzati entro tre anni decadono. Ora, si faccia questa ricerca relativamente agli anni scorsi e troveremo parecchi mezzi da utilizzare in questo frangente, poi facciamo pure anche la ricerca relativamente a questi tre ultimi anni e anche li troveremo degli impegni che si è deciso di definire impegni a suo tempo e che oggi probabilmente potrebbero essere riveduti. E' vero che c'è un miliardo fermo alla Tesoreria, ebbene è una cifra che fa pensare. E' possibile che su un miliardo non si riesca a reperire altri 30 o 40 milioni per dare modo alla Provincia di attuare serenamente questo piano straordinario di risanamento delle strade provinciali che sono state danneggiate in occasione di questa alluvione? Si faccia questo lavoro e ogni Assessore deve pure compenetrarsi in questa esigenza particolare che oggi ha l'Amministrazione provinciale e non per patriottismo di Assessorato tenere i piedi puntati e non mollare. Bisogna pure che i nostri denari, pochi come sono, siano sempre meglio utilizzati, ebbene facciamo questo lavoro relativamente agli anni scorsi e troveremo parecchi milioni da utilizzare meglio e più opportunamente nel settore nel quale oggi noi siamo chiamati a discutere.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Ero assente in Commissione quando è stato trattato questo argomento e confesso sinceramente che mi si presenta del tutto nuovo. Avevo letto attentamente questo progetto, questo secondo provvedimento da variazione al bilancio e leggendo «*spese e sussidi a comuni e privati in connessione con i danni causati dalle recenti alluvioni*», avevo inteso che tutti i 42 milioni andassero ai Comuni ed ai privati in riparazione dei danni sopportati dai Comuni e dai privati; che la parola «*spese*» si riferisse alle spese che devono sostenere i Comuni per riparare ai danni subiti e rispettivamente a quelle dei privati. Confesso che solo chi era presente in Commissione ha compreso l'intenzione subdola in questo caso della Giunta: che si trattasse cioè della spesa che deve affrontare la Provincia per i danni subiti per 35 milioni e che solo 7 milioni, di questi 42, fossero riservati ai Comuni ed ai privati. Interpretazione che oltre tutto, penso, darà da fare alla Corte dei Conti e che è da vedere come la Corte dei Conti interpreterà per l'approvazione di queste spese non chiare. E' una specie di gioco di parole attraverso il quale la Giunta si arroga il diritto di prendere 35 milioni che interessano a lei e ne riserva 7 agli altri; mentre tutta la dizione, nella sua eccezione normale, dovrebbe riferirsi esclusivamente a sussidi e rifusioni di spese affrontate da Comuni e da privati. Vorrei sentire se la Giunta ha veramente questa intenzione, perchè non mi pare possibile che la Giunta Provinciale di Bolzano di fronte alla gravità di questa calamità da tutti definita cataclisma, diluvio,

ecc., stanzi la bella cifra di 7 milioni per sopperire a tutti i danni subiti dai Comuni e dai privati. E' inutile fare un'indagine, fare statistiche e dire che i danni complessivamente ammontano a quasi 880 milioni o cifra del genere, se poi la Provincia ha il coraggio di mettere sul tavolo la bella cifra di 7 milioni. Vi dico che il Comune di Merano, voi sapete che è il Comune deficitario per eccellenza in Alto Adige, quello che è nelle condizioni peggiori dal punto di vista finanziario, è riuscito a stanziare 100 mila lire, senza essere interessato al problema, come atto di solidarietà, malgrado i 70 milioni di deficit e non avendo responsabilità alcuna. Ebbene la Provincia, che rappresenta tutti i Comuni dell'Alto Adige, da Salorno a Brennero e da San Candido a Malles, non dovrebbe cercare di soddisfare tutte queste esigenze con 7 milioni, pensando fondamentalmente ai propri 35 milioni di danni subiti; è compito della Giunta Provinciale pagarli attraverso altre vie. Abbiamo visto molte volte i residui passivi, che giacciono ogni anno e che gravano sul bilancio provinciale e sulla giacenza di tesoreria! Per cui lasciate che anche io insista e chiedo espressamente al Presidente se veramente ha questa intenzione, che io non posso ammettere; penso che la dizione «*spese e sussidi a Comuni*», voglia dire che tutti i 42 milioni qui stanziati, vanno a favore della riparazione dei danni subiti dai Comuni e dai privati. Se fosse diversamente, vi garantisco e vi assicuro che la Provincia in questa occasione farebbe una pessima figura e che sarebbe inutile parlare di calamità, di diluvio, di disastro, quando poi non si ha la buona volontà di cercare la sanatoria a questo disastro.

PRESIDENTE: Nessun altro chiede la parola? La discussione generale è chiusa. Chi è d'accordo di passare alla discussione articolata? E' approvato all'unanimità.

Art. 1.

Vorrei, prima di iniziare la discussione, leggere gli emendamenti che sono stati presentati. Sono stati presentati i seguenti emendamenti: emendamento all'art. 136: «*stralciare in diminuzione 5 milioni*», cioè stralciare il punto «*a*»...

CONSIGLIERE: Togliere i 5 milioni?!!!

PRESIDENTE: ... e con ciò anche la dizione. Questo emendamento è presentato da Brugger, Pupp e Fioreschy.

Poi è stato presentato un emendamento all'art. 142 bis, pure della Giunta, a firma Brugger, Schatz e Fioreschy, che chiede la modifica della dizione dell'art. 142 bis nel modo seguente: «*Spese, contributi e sussidi*

per opere di ripristino di pertinenza della Provincia, per danni subiti dai Comuni e dai privati cittadini, causati dalle alluvioni e dalle grandinate». Questo è l'emendamento della Giunta alla dizione.

Poi c'è un emendamento della Giunta, sempre concernente questo articolo, che concerne l'importo: « *diminuire lo stanziamento all'art. 142 bis da 42 a 37 milioni* ».

Poi c'è un emendamento Nardin e Molignoni all'art. 142 bis, che dice: « *togliere la parola „spese“* » e rimarrebbe « *sussidi a Comuni e privati* ». Questo vale anche per la nuova dizione che parla di spese.

Questi sono gli emendamenti. Forse per l'ordine sarebbe bene discutere prima l'emendamento all'art. 136 che chiede la cancellazione dell'importo e poi andare avanti con gli altri emendamenti.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): C'è veramente da essere allegri perchè le perorazioni di Nardin e Molignoni per un aumento o per l'utilizzazione completa dei 42 milioni al 142 bis, sono state accolte. E' che veramente si cade nel ridicolo! Quello che chiedo all'Assessore Brugger è questo: vorrei che la Giunta fosse un po' coerente; il progetto di legge viene dalla Giunta o no? Quando la Giunta fa un progetto di legge che dice di diminuire all'art. 136 bis 5 milioni, l'Assessore all'Agricoltura sarà stato informato, avrà aderito a questa riduzione di 5 milioni, l'ha trovata sensata, si sarà rassegnato alla richiesta della maggioranza della Giunta, avrà trovato la possibilità di operare questa riduzione. Perchè se fosse stato impossibile si sarebbe impuntato, e in sede di Giunta avrebbe impedito che si facesse questo progetto di legge. Ed allora quando la Giunta fa un progetto di legge, abbia il coraggio di mantenerlo e non venga in Consiglio dopo aver proposto la riduzione, a riproporre la cifra precedente. Qui assistiamo a degli spettacoli che credo non si verificano in nessun altro consesso amministrativo e legislativo. La Giunta fa un progetto di legge, fa una proposta che la Commissione approva e poi la Giunta in sede di Consiglio modifica nuovamente la propria proposta. Ma quando fate un progetto di legge e stabilite una determinata riduzione o aumento di articolo, pensate a quello che fate?

MITOLO (M.S.I.): No!!

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Ragionate, cercate di rendervi conto se questo è fattibile o no??? Dite di sì o di no secondo la giornata, se c'è il sole o se piove? La domanda è legittima che possiamo fare, perchè è uno spettacolo al quale assistiamo da mesi ed anni, è uno spettacolo non edificante, che non va a vantaggio ed onore dei lavori della Giunta stessa!

KAPFINGER (S.V.P.): Ich möchte zum Verbesserungsvorschlag des Herrn Assessor Brugger Stellung nehmen, bzw. dafür sprechen und möchte dem Lantag unbedingt empfehlen, dass man diese 5 Millionen für Soforthilfeausgaben im Interesse der Landwirtschaft, so wie sie in unserem Haushalt drinnen waren, belassen möchte und zwar vor allem aus folgendem Grund: Wir haben nach den Frostschäden, teilweise vor und teilweise nach diesen Überschwemmungsschäden grosse Hagelschäden gehabt. Das Landwirtschaftsinspektorat hat der Region über hundert Fälle gemeldet, um diese Beschädigten zu unterstützen. Ich habe den Fall in den Regionalausschuss gebracht und der Regionalausschuss hat seine Nichtzuständigkeit erklärt. Somit würden diese Geschädigten praktisch nichts bekommen. Ich glaube, ob mir der Frost die Ernte vernichtet hat oder der Hagel, bleibt für mich ziemlich dasselbe. Warum soll ich nichts bekommen und der vom Frost Geschädigte schon? Darum möchte ich schon unbedingt ersuchen, dass man die 5 Millionen belässt. Ich möchte nicht direkt schriftlich einen neuen Antrag einbringen, ich möchte nur sagen, dass man eher noch 5 Millionen dazugibt, denn es sind hunderte von Fällen. Wir haben Gebietsstriche von halben Gemeinden, wo die Ernte praktisch vernichtet worden ist. Und wenn man jetzt im weiteren Verbesserungsantrag vorsieht, die Hagelschäden unter die 42 Millionen hineinzubringen, so glaube ich, hat das nicht viel Sinn, wenn man nicht die Mittel dazu hergibt. Darum bin ich unbedingt für den Antrag des Herrn Assessor Brugger, dahingehend, wenn möglich mehr als 5 Millionen zu geben. Das soll aber nicht heissen, dass die 42 Millionen gekürzt werden sollen, denn wenn wir schon 70 Millionen von dem für den Bau des Lehrlingsheimes vorgesehenen Betrag wegnehmen, dann, glaube ich, ist es auch ganz gleich, wenn wir 75 Millionen wegnehmen. Das grosse Loch ist dann sowieso schon gemacht. Das zum Verbesserungsantrag des Herrn Assessor Brugger.

PUPP (Präsident des Landesausschusses - S.V.P.): Man könnte den Eindruck haben, dass hier eine Konfusion herrscht. Es ist aber nicht so. Vorausgeschickt muss einmal werden, dass der Landesausschuss in einer Sitzung beschlossen hat, sämtliche Gelder, die noch zur Verfügung waren, eben für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Das waren im ganzen 37 Millionen vom Reservefonds, mehr hatten wir nicht und konnten darum auch nicht mehr zur Verfügung stellen. Und dann haben wir gesagt, in der ersten Sitzung die wir nach diesen Unglücksfällen abgehalten haben, dass es ein bisschen wenig ist und es gut wäre, wenn wir vom Fonds des Herrn Assessor Brugger 5 Millionen wegnehmen und hier dazugeben könnten. Da hat der Herr Assessor Brugger gesagt, dass er damit cinverstanden sei. Und dann ist es eben zu diesen

42 Millionen gekommen. Inzwischen aber sind die Schadenmeldungen gekommen, die dann durchstudiert worden sind und aus diesen Schadenmeldungen hat sich ergeben, dass sehr viele landwirtschaftliche Schäden dabei sind. Und nachdem der Assessor für Landwirtschaft eben einen eigenen Fond hat, aus dem er für die landwirtschaftlichen Schäden aufkommen kann, hat er jetzt den Vorschlag gemacht, wir sollen diese 5 Millionen wieder zurücklassen, sodass er die 10 Millionen, die er zur Verfügung hat, verteilt; sie kommen ja auch mehr oder weniger denjenigen zugute, die durch die Überschwemmungen geschädigt worden sind. Diese 5 Millionen werden jedoch für rein landwirtschaftliche Schäden hergenommen, zusätzlich zu dem, wovon der Herr Assessor Kapfinger gesprochen hat, dass wir auch einige vom Hagelschlag Schwerbeschädigte miteinbeziehen wollen. Ich glaube, das ist genügend geklärt.

Zweitens möchte ich den Herren Nardin und Molignoni antworten. Es bleiben also 37 Millionen übrig für die direkte Unterstützung dieser Geschädigten; und ich bin schon der Ansicht, dass man diese 37 Millionen, von denen bereits 7 Millionen für frühere Schäden vergeben sind, — in Rain, Taufers, Aldein, Penon und in Klausen — sodass also 30 Millionen übrig bleiben, also ich bin schon der Ansicht, dass man diese 30 Millionen effektiv dem Zwecke, der hier von der Kommission vorgeschlagen wird, zuführen soll. Nun, der Herr Assessor Schatz sagt ganz richtig: ich muss die Strassen wieder herrichten, ich muss Sarnthein wieder mit Bozen verbinden und dazu brauche ich 30 Millionen; das ist auch ein Schaden, der durch die Überschwemmung entstanden ist. Natürlich ist für uns ebenso wichtig, dass die Strasse bergerichtet wird. Es ist ja klar, wir können nicht Sarnthein von der Welt abgeschlossen lassen, und die Schäden auf der Sarntheiner Strasse sind eben sehr gross. Also die Strasse musste sofort gemacht werden. Die Arbeiten sind bereits begonnen und zum grossen Teil vollendet. Ich bin der Ansicht, dass wir eben für den Assessor für öffentliche Arbeiten diese Mittel werden finden müssen, indem wir eben die « residui » irgendwie angreifen und sie zu diesem Zwecke zur Verfügung stellen. Es wird kein anderer Weg mehr möglich sein, denn ich möchte mich schon der Ansicht der Kommission und der Herren Nardin und Molignoni anschliessen, dass wir diese restlichen 30 Millionen wirklich diesem Zwecke zuführen. Den Herrn Assessor für öffentliche Arbeiten werden wir bestimmt in einer anderen Art und Weise zufriedenstellen. Die Rechnungen, die für die Strassen zu bezahlen sind, werden bestimmt bezahlt werden und zwar werden wir sofort schauen, dass eine Zusammenfassung dessen gemacht wird, was mir von den « residui » streichen können. Dass ich das nicht sofort gemacht habe und dass wir, wie die Herren in der Kommission bereits emp-

fohlen haben, die letzten Jahre 1950 bis 1954 sofort hernehmen und hier verwenden sollen, oder eventuell für den anderen Zweck, für den die 70 Millionen weggekommen sind verwenden sollten, da muss ich das wiederholen, was ich in der Kommission gesagt habe und zwar, dass wir erstens einmal in der Provinz nach dem bisher geltenden Gesetz der Gemeinde- und Provinzordnung gehandelt haben und die Überschüsse erst nach fünf Jahren der Provinzkasse wieder zugeführt haben. Der Herr Assessor Rizzi ist eben dabei, die nötigen Schritte zu unternehmen, damit das Gesetz über die Finanzen, das die Region bereits hat, auch auf die Provinz übergeführt wird und dass dann vorgesehen wird, dass man nur mehr drei bzw. zwei Jahre die Beträge behalten kann, widrigenfalls sie eben wieder der Kasse zugeführt werden. Ich habe aber den Herren in der Kommission klar gesagt, dass diese Beträge, die durch diese Erhausungen frei werden, unbedingt notwendig sind für die Bilanz 1958. Wir haben heuer gar keine Erhausungen mehr und ich brauche diese Beträge für die gewöhnlichen Ausgaben der Bilanz 1958. Daher habe ich mit Absicht diesen Teil der Gelder nicht angegriffen, sondern bewusst gelassen für die Bilanz 1958, die an sich sehr mager ausfallen wird, weil diese Erhausungen ja viel kleiner sind, als die Herren glauben. Ich glaube, damit das Wichtigste gesagt zu haben und meine Antwort in dem Sinne gegeben zu haben, dass wir doch die 30 Millionen für diesen Zweck belassen; für den Herrn Assessor Schatz werden wir sicher die Gelder finden, die notwendig sind, um die Strassen zu reparieren.

PRÄSIDENT: Bevor ich den anderen Herren das Wort gebe, möchte ich sie bitten, jetzt nur über den Abänderungsantrag zu diskutieren, der beim Art. 136 vorgesehen ist. Dieser Abänderungsantrag sieht vor, den Art. 136 zu streichen und sobald wir darüber abgestimmt haben, eröffnen wir die Debatte über den Art. 142-bis. Jetzt sollen nur diejenigen das Wort ergreifen, die über den ersten Abänderungsvorschlag sprechen wollen.

Adesso concedo la parola solo a quelli che vogliono parlare sull'art. 136 e sull'emendamento presentato a questo articolo e non sul 142.

NARDIN (P.C.I.): La traduzione di quanto ha detto il Presidente della Giunta!

(Si traduce l'intervento del Presidente della Giunta provinciale - Übersetzung der Rede des Präsidenten des Landesausschusses).

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich beantrage eine kurze Unterbrechung der Sitzung eine Unterbrechung von einer Viertelstunde für eine Zusammenkunft der Gruppe der S.V.P.

PRESIDENTE: E' chiesto da parte del gruppo del S.V.P. un'interruzione di 1/4 d'ora per discutere questa questione.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Questo perchè non c'è confusione!

PRESIDENTE: La seduta è sospesa!

PRESIDENTE: La seduta riprende. Per quanto riguarda i famosi emendamenti per cui era sorta una certa confusione e perplessità, e...

MITOLO (M.S.I.): Il Presidente aveva detto di no!

PRESIDENTE: ...rimane in vigore oltre all'emendamento presentato da Nardin quello richiedente lo stralcio dei 5 milioni all'art. 136, come avevo preletto.

Rimane anche l'emendamento che chiede di diminuire la somma prevista all'art. 142-bis da 42 a 37 milioni, mentre per quanto riguarda la dizione dell'art. 142-bis, essa è stata modificata ed è stata presentata nel seguente testo che leggo: « *Spese della Provincia e sussidi ai Comuni in connessione con i danni causati dalle avversità atmosferiche* ».

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Valeva la pena di fare una seduta di gruppo?!?!

PUPP (Presidente G.P. - S.V.P.): Volevo chiarire brevemente questa cosa. I 5 milioni rimangono all'Assessorato di Brugger per il fondo di pronto soccorso per l'agricoltura, questo l'ho già spiegato. Per quanto riguarda la dizione per i rimanenti 37 milioni, io sono d'accordo con il testo della Commissione. La Giunta ha istituito una commissione la quale, dopo aver esaminato più a fondo l'entità dei danni dei diversi Comuni, presenterà alla Giunta delle proposte per le somme da dare ai diversi Comuni e di questi 37 milioni, più i 10 della Regione che abbiamo, sono 47 milioni, se rimanesse qualche cosa, potremo usarlo per le strade; e quindi nella dicitura mettiamo « *Spese della Provincia* ». Ma solo nel caso che rimanesse qualche cosa dai sussidi che daremo ai Comuni per questi danni. Secondo i rilievi fatti, questi danni non sono proprio eccessivamente grandi e probabilmente riusciremo con questa somma, o con un po' di meno, ad aiutare i Comuni per alleggerire e lenire questi danni. Credo che in questo senso potremo accettare la proposta della Commissione.

PRESIDENTE: Allora posso mettere in votazione l'emendamento all'art. 136?

NARDIN (P.C.I.): Dico che ho ben scrupolo a prendere la parola perchè non vorrei che venisse ridotto di altri 5 milioni poi lo stanziamento e soprattutto non vorrei essere elemento di confusione, dato che tutto si è svolto finora con una chiarezza e una linearità esemplari. Ma mi pare di dover osservare che non dovrebbe sussistere la richiesta di ridurre o di lasciare intatti questi 5 milioni relativamente alla voce dell'art. 136 del bilancio, perchè che cosa avverrà? Avverrà che la Provincia, secondo quanto verrà poi stabilito all'art. 142-bis, darà dei sussidi a dei privati danneggiati.

PUPP (Presidente G.P. - S.V.P.): Niente ai privati, tutto ai Comuni. E' tolto « cd ai privati ».

NARDIN (P.C.I.): E' tolto anche « privati » adesso? Solo ai Comuni?

PUPP (Presidente G.P. - S.V.P.): Questi Comuni distribuiscono loro!

NARDIN (P.C.I.): Ma comunque saranno dati anche ai privati, spero!

PUPP (Presidente G. P. - S.V.P.): Certo!

NARDIN (P.C.I.): Tramite i Comuni, c'è solo un metodo diverso, ma si dovrà assicurare i sussidi ai privati. Probabilmente tutto questo avverrà secondo le prescrizioni che saranno decise dalla Giunta provinciale, cioè si dirà: tu Comune dovrai dare questi sussidi a queste e queste condizioni, ecc. Poi ci sarà l'Assessore Brugger che con un altro metodo ed una altra discrezione, facendo leva su questi 5 milioni, darà anche lui dei contributi ai danneggiati.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Non è confusione, questa??!

NARDIN (P.C.I.): Un po' di confusione anche qui ci sarà! Meglio sarebbe che con un metodo unico, con un unico ordine e quindi con maggiore precisione, questi modesti sussidi pervengano agli interessati e non attraverso due binari con metodi diversi. Ecco perchè non capisco che l'Assessore Brugger, per patriottismo di Assessorato insiste perchè rimangano intatti questi 5 milioni; meglio sarebbe che questi 5 milioni andassero sull'art. 142, e poi, tramite i Comuni, venisse fatta questa assistenza. Secondo; l'Assessore Schatz ha detto che danni non ci sono stati nei Comuni; non so a che danni intendeva riferirsi, ma probabilmente danni ci saranno stati, dei contadini saranno stati colpiti da queste alluvioni e probabilmente parecchi di questi contadini saranno stati colpiti dalle gelate della pri-

mavera scorsa, per cui parecchi di costoro dovranno assommare due danni sulle proprie culture. Compentriamoci un po' nella situazione di questi contadini di lingua tedesca per lo più, sono mezzadri, che se non c'è l'ente autouomo, nel quale hanno creduto e nel quale credono ciecamente, se non c'è l'ente autonomo ad intervenire in qualche maniera, che cosa potranno avere questi contadini? Io sarei per il risarcimento almeno di parte dei danni, ma siccome questa parola non viene nemmeno presa in considerazione, parliamo pure di sussidi, ma questi sussidi siano tangibili, siano qualche cosa che interviene ad alleviare almeno in parte il deficit e le disgrazie di carattere economico che si sono abbattute su queste famiglie. Ora, non mi pare che da parte di questo ente autonomo, da parte vostra si intende intervenire con il dovuto senso di responsabilità — scusate se scomodo questi termini — tanto più se poi aggiungo questo provvedimento a quello che è in previsione in sede regionale, dove si vuole stanziare la somma di 105 milioni, mi pare, per tutta la Regione Trentino-Alto Adige per i danni in seguito alle gelate ed in seguito alle alluvioni. Questi 105 milioni saranno logicamente divisi per due, tanto alla Provincia di Trento, tanto alla Provincia di Bolzano. Che cosa volete che siano? Anche queste somme che verranno erogate dalla Regione, che cosa volete che siano, se si vuole in qualche maniera contribuire con dei sussidi decenti in favore dei contadini colpiti dalle gelate e dalle alluvioni? Ecco perchè nei limiti del possibile, non dell'impossibile, bisognerebbe cercare di mantenere questo stanziamento di 42 milioni almeno integro, non è possibile prevedere una decurtazione di questa somma a favore della Provincia. Bisogna che effettivamente tutti questi 42 milioni siano dati in parte ai Comuni, se converrà darli ai Comuni per spese straordinarie da loro sostenute, ma soprattutto ai contadini colpiti e dall'alluvione ed anche dalle gelate, perchè purtroppo così è avvenuto in molti casi. Cercare due binari per attuare questa assistenza non mi pare che sia giusto. L'Assessore che interviene da una parte, i Comuni che intervengono dall'altra, un metodo solo! Allora addirittura affidiamo all'Assessore all'agricoltura tutti i 42 milioni, perchè egli possa poi, d'accordo con i Comuni, erogare questa assistenza. Ma non mi pare che si debbano cercare due strade diverse per erogare qualche decina di milioni di assistenza. Dobbiamo sempre cercare la via più semplice e più breve e non mi pare che sia quella da voi indicata qui. E' per questo che mi dichiaro non d'accordo con l'emendamento proposto ed attualmente in discussione, come non sarò d'accordo con l'emendamento successivamente proposto dalla Giunta relativamente all'art. 142.

BRUGGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): Rispondo in italiano. Le considerazioni fatte

dal cons. Nardin per quanto riguardano i due binari hanno ragione di essere, ma vorrei rilevare che noi abbiamo quest'anno parecchi Comuni e località dove i danni non sono una questione generale degli abitanti dei Comuni, ma ci sono parecchi Comuni dove ci sono 5, 6 o 7 danneggiati. Ora perchè mettere in movimento in questi Comuni tutta la burocrazia per assegnare quel mezzo milione, quando si tratta di 3 danneggiati. Diamo direttamente e aiutiamo con più sollecitudine. Perchè non vogliamo prevedere questa possibilità? E' in base alle domande che mi sono pervenute che ho proposto questo emendamento successivo, mentre per gli altri Comuni, dove il danno è generale, sono d'accordo con la dicitura dell'art. 142. Diamo un importo forfettario al Comune, il quale provvede con questo importo in certo qual senso a rinnovare il demanio pubblico danneggiato, strade, ecc. e poi il Comune provvederà a lenire i danni dei più bisognosi. Dobbiamo distinguere le situazioni esistenti in Provincia. In parecchi Comuni sono 4, 5 o 6 i danneggiati, sia dalle gelate sia da incendi sia da alluvioni, sia anche dal vento, se posso accennare a quella situazione della Pusteria, e perchè passare i denari ai Comuni, quando si tratta di poche persone? diamoli direttamente. Per quei Comuni dove effettivamente è avvenuta un'alluvione, come a San Genesio, a Bolzano, ecc., provvediamo con l'altro articolo. Questo è il motivo per cui chiedevo questo fondo speciale, per poter intervenire direttamente nei casi in cui i danni non sono generali per tutti gli abitanti di un determinato Comune, per esempio a Riva di Tures ed in Valle Aurina, sono 5 o 6 i danneggiati, fortemente danneggiati. E qui provvediamo noi direttamente per non dover mettere in movimento il Comune.

NARDIN (P.C.I.): Mi pare che quanto ha detto l'Assessore mi convince circa la mia obiezione, cioè lei prende i Comuni danneggiati ed a questi assegna un importo forfettario, con il quale importo il Comune, se ha avuto danni su strade comunali, ecc. paga se stesso, almeno parzialmente per questi danni avuti, e poi cerca con la restante parte dell'importo forfettario di intervenire con sussidi a favore dei contadini.

BRUGGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): Anche di altri danneggiati.

NARDIN (P.C.I.): Va bene, danneggiati, per cui cosa avverrà? Voi assegnate mezzo milione ad un Comune, questo Comune ha avuto dei danni per un milione e dice: 250.000 lire di questo mezzo milione me li tengo per me, gli altri 250 mila lire daremo in sussidi ai danneggiati, per cui a un danneggiato toccano 50 mila lire, all'altro 20 mila lire, all'altro 100.000 lire. Invece si va in un altro Comune dove i danni si sono loca-

lizzati su 5 o 6 casi, gli stessi danni magari di quelli avuti dai privati in quel Comune a cui accennavo prima; intervenga l'Assessore Brugger e ad uno dà 100 mila lire, all'altro 150 mila lire, all'altro 200 mila lire e così via. Cioè questi cittadini che hanno avuto dei danni pari a quelli subiti dai cittadini di quell'altro Comune, vengono a ricevere di più tramite l'Assessore Brugger, che non tramite il Comune. Allora vedete che i due metodi portano a delle confusioni e soprattutto a delle sperequazioni. Non è l'avvocato del diavolo in questo caso che parla, Assessore Brugger, perchè lei ricorderà parecchi episodi avvenuti quando suo tramite sono stati distribuiti i sussidi per le gelate del 1953 o 1954. Non è fare l'avvocato del diavolo, nel prevedere queste cose. Io dico che ci deve essere un metodo unico e non si deve calcolare un importo forfettario per Comune, si dovrebbe se mai dire: i Comuni sulle loro strade e sui loro beni che danni hanno avuto?

BRUGGER (Assessore agricoltura e foreste S.V.P.): Diciamo così, si fa!

NARDIN (P. C. I.): Secondo, i privati di questi Comuni che danni hanno avuto? e si sommano questi danni. Abbiamo a disposizione 40 milioni, stabiliamo tanto ai Comuni per i loro danni e tanto per i privati. Per gli altri dati con un unico metodo ed un unico tramite arrivare a concedere dei sussidi che devono essere equi. Invece le sperequazioni avverranno se l'Assessore Brugger interviene da un lato ed i Comuni intervengono dall'altro. In questo caso la famosa mano destra non sa quello che fa la mano sinistra, la mano sinistra è sempre Brugger, che è notoriamente un elemento di sinistra, almeno a detta di quel famoso e celebre comico, attualmente Assessore comunale. Ci pare che queste cose siano elementari, e vedrete nella pratica, se volete insistere con queste vostre proposte, arriverete ad erogare questi modesti sussidi sollevando un vespaio di critiche e forse anche di indignazioni. Cercate di fare nel modo migliore, se proponete di affidare all'Assessore alla agricoltura l'erogazione di tutta l'assistenza attraverso un unico metodo dettato dalla Giunta provinciale, sono d'accordo per questa impostazione, ma non questi due binari, queste due forme di interventi che possono essere in contraddizione l'una con l'altra e creare anche del discredito nei confronti dell'ente che interviene con questi sussidi. Mi pare che queste cose siano semplici ed elementari, e vi prego di voler considerare queste prospettive.

BENEDIKTER (S.V.P.): Solo brevemente per dire che anzitutto la Commissione come tale non intendeva stralciare dall'art. 136, quella possibilità che la Pro-

vincia spendesse anche per lavori pubblici da eseguire in proprio.

NARDIN (P.C.I.): La maggioranza della Commissione!

BENEDIKTER (S.V.P.): La maggioranza della Commissione! Questo è il primo punto. Secondo punto: nella dizione ultimamente proposta vedo un certo qual coordinamento con la legge regionale, così come è varata dalla Giunta regionale, per sussidi in connessione con le gelate ed anche con le alluvioni. Vedo qui un sistema in questo senso: che la Provincia è già intervenuta negli anni passati con sussidi ai singoli, ma limitatamente ai danni all'agricoltura, e perseguirebbe con ciò una specie di intervento in un certo senso già collaudato, mentre con il nuovo fondo dell'art. 136 interviene, a prescindere dalle spese della Provincia per lavori pubblici, tramite i Comuni, cioè con sussidi ai Comuni direttamente per il loro bilancio, in quanto hanno delle spese straordinarie e non prevedute in connessione con le avversità atmosferiche, ed anche per erogazioni a singoli, che possono, si intende, essere anche non agricoltori, ma p. es. artigiani. Con ciò la dizione è coordinata con quanto stabilisce la legge regionale che a sua volta è formulata in analogia alla legge regionale fatta nel 1953, anche per interventi con sussidi tramite i Comuni. Perciò io vedo anzitutto la prosecuzione di una linea per quanto concerne i sussidi a singoli da parte della Provincia limitatamente al campo dell'agricoltura ed il coordinamento con l'intervento con sussidi in connessione con le avversità atmosferiche anche a singoli, non agricoltori, ma tramite i Comuni. Qui c'è da dire ciò che è stato detto anche in Commissione, che la Regione erogherà per interventi in connessione con l'alluvione, per la Provincia di Bolzano 14 milioni, riservati al Comune di Bolzano e 10 milioni riservati ad altri Comuni. Questi importi sono da considerarsi integrativi per gli interventi della Provincia.

PRESIDENTE: Metto ai voti questo emendamento di stralcio dell'art. 136. Chi è d'accordo? E' approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Pongo ai voti l'art. 139-bis, proposto dalla Commissione che non ha subito nessuna modifica. Chi è d'accordo? E' approvato all'unanimità.

Art. 142-bis: pongo ai voti la riduzione dello stanziamento da 42 a 37 milioni: approvato con 2 contrari.

Viene ora l'emendamento alla dizione dell'articolo 142-bis, che è stata letta: « *Spese della Provincia e sussidi ai Comuni in connessione con i danni causati dalle avversità atmosferiche* ». A questo emendamento

c'è un emendamento di Nardin: « togliere la parola spese », che va votato prima. Chi è d'accordo con l'emendamento Nardin? E' respinto a maggioranza.

Adesso pongo ai voti la nuova dizione proposta per l'art. 142-bis: approvata a maggioranza con 2 voti contrari.

Art. 122-bis: approvato all'unanimità.

Pongo ai voti l'art. 68 « fondo di riserva »: approvato all'unanimità.

Pongo ai voti tutto l'art. 1 con gli emendamenti già approvati: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 2: approvato all'unanimità.

(Votazione per scrutinio segreto - Geheimabstimmung).

La legge è approvata con 15 voti favorevoli e 4 schede bianche. - 15 Ja-Stimmen, 4 weisse Stimmzettel.

Punto 2) dell'ordine del giorno: « Designazione di un consigliere regionale quale vicepresidente della Commissione provinciale per la tutela del paesaggio di cui all'art. 2 della legge provinciale 24 luglio 1957, N. 8 ».

Punkt 2 der Tagesordnung: « Wahl eines Regionalratsmitgliedes als stellvertretenden Vorsitzenden der Landeslandschaftsschutzkommission (Landesgesetz 24. Juli 1957, Nr. 8, Art. 2) ».

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich schlage den Herrn Dr. Eduard Dorfer vor.

PRESIDENTE: Il consigliere Benedikter a nome del suo gruppo propone il consigliere dr. Dorfer.

MITOLO (M.S.I.): Vorrei sapere chi è il Presidente di questa Commissione. Penso che trattandosi di una commissione provinciale, il Presidente sarà certamente del gruppo etnico tedesco, e quindi è opportuno che il Vice-Presidente sia del gruppo etnico italiano, in analogia a quello che avviene nelle Commissioni legislative consiliari.

PUPP (Presidente G. P. - S.V.P.): In questa Commissione c'è l'Assessore ai lavori pubblici dr. Schatz come Presidente, secondo quanto prescrive la legge.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Povero paesaggio!

PUPP (Presidente della Giunta provinciale - S.V.P.): il 2° è vuoto; 3) dr. arch. Mario Guiotto, sovrintendente ai monumenti; 4) Augusto Gröbner, Presidente dell'Ente Provinciale per il Turismo; 5) Kiem Matthias, designato dalla Federazione provinciale per la tutela del paesaggio; 6) Egon Baron Eyrl; 7) Fritz Sölva; 8) dott. Mario Ricci; 9) dr. ing. arch. Guido Pellizzari; 10) dott. Peter Hoffmann.

MITOLO (M.S.I.): Tre italiani, non c'è proporzione!

PUPP (Presidente G.P. - S.V.P.): La proporzione è giusta: 7 a 3!

BENEDIKTER (S.V.P.): La legge prescrive la composizione secondo la consistenza dei gruppi linguistici quali sono rappresentati nel Consiglio provinciale. Il rapporto numerico dei consiglieri appartenenti ai singoli gruppi, è 15 a 7, 15 su 22 fanno il 68%.

MITOLO (M.S.I.): 7 a 3 non è il 68%!

BENEDIKTER (S.V.P.): Comunque c'è il 0,8 in più per il gruppo etnico tedesco!

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione. Bisogna scrivere il nome di colui che si vuole diventi Vice Presidente della Commissione per la tutela del paesaggio.

MITOLO (M.S.I.): Per dichiarazione di voto. Dichiaro di scrivere il nome del cons. reg. Mitolo.

PRESIDENTE: Esito della votazione - Wahlergebnis: Dorfer: 16 voti, 16 Stimmen; Nardin: 1 voto, 1 Stimme; Mitolo: 1 voto, 1 Stimme; 1 scheda bianca, 1 weisser Stimmzettel.

La seduta è tolta. Die Sitzung ist beendet.

ORE 19,30 UHR.